

15. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 31. Jänner 1952

389/J

Anfrage

der Abg. E l s e r und Genossen
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend die soziale Sicherung von Jugendlichen, die durch Unfälle zu
 Schaden gekommen sind.

•••••

Am 9. Juli 1945 musste der minderjährige Schüler Richard F. im Auftrage des Bürgermeisters von Merkendorf bei Gleichenberg an einem durch die Kriegsereignisse zerstörten Lichtleitungsnetz der Oststeirischen Elektrizitätsgesellschaft bei Wiederherstellungsarbeiten Hilfsdienste leisten. Dabei geriet er in den Stromkreis und erlitt an beiden Händen so schwere Verletzungen, dass ihm in Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Graz der rechte Unterarm abgenommen werden musste. Er wurde dadurch fürs ganze Leben zum Krüppel. Obzwar man das nicht für möglich halten sollte, hat bisher noch keine Stelle dem Jugendlichen die ihm gebührende Hilfe und Unterstützung gewährt.

Die Landesstelle Graz der Allgemeinen Unfallsversicherungsanstalt lehnte irgendwelche Leistungen an den unglücklichen Jugendlichen ab. Unter der nichtigen Begründung, dass sich der Unfall im Zusammenhang mit der "militärischen Besetzung Österreichs" ereignet habe, verweigerte das Landesinvalidenamt Steiermark jede Entschädigung. Der Verwaltungsgerichtshof schliesslich wies mit Erkenntnis vom 1. März 1951 die Beschwerde aus rechtlichen Erwägungen ab. Und die Unternehmung, für die der Jugendliche gearbeitet und in deren Dienst er den schrecklichen Unfall erlitten hatte, eine heute offenbar verstaatlichte Stromlieferungsunternehmung, dachte nicht daran, ihre selbstverständliche Verpflichtung zu erfüllen, sondern liess es auf einen Prozess ankommen. Dieser Prozess aber ist noch immer nicht zu Ende. Ergebnis: Der Jugendliche hat, wie bereits erwähnt wurde, obzwar er im Interesse der Allgemeinheit 1945 einen Unfall erlitten hatte und zum Krüppel geworden war, bis heute weder eine Rente, noch eine ausreichende Entschädigung erhalten.

Dieser und ähnliche Fälle zeigen, dass im heutigen Österreich, das nach den Behauptungen verantwortlicher Regierungspolitiker der "sozialistische Staat der Welt" sein soll, nicht einmal Vorsorge für Unfälle, bei denen Kinder im Dienste der Allgemeinheit zu Krüppeln wurden, getroffen ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

Anfragen:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, zu veranlassen, dass der Fall des verunglückten Jugendlichen Richard F. unverzüglich im Geiste sozialer Fürsorge gelöst wird, dass insbesondere für den Jugendlichen bis zur Durchsetzung der ihm gebührenden Entschädigung entsprechend gesorgt wird und dass ihm die Durchsetzung einer ausreichenden Entschädigung erleichtert wird?
- 2.) Was gedenkt der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung zu tun, damit in Zukunft in ähnlichen Fällen sofort eine ausreichende Entschädigung gewährt wird und damit überhaupt bei Unfällen von Kindern und Jugendlichen aus Mitteln der Allgemeinheit die notwendige soziale Betreuung sofort und nötigenfalls dauernd gesichert wird?

-.-.-.-